



Juso-Landeskonferenz

11./12. April 2015

Bad Fallingbostal

Beschlussbuch

Inhalt

Ini01 Initiativantrag „Lernfabriken...meutern!“	5
Ini02 Schutz der ärztlichen Schweigepflicht.....	5
Ini03 Initiativantrag: Resolution – Solidarität mit allen AktivistInnen gegen Rechts!	6
Ini04 Sofortiger Winterabschiebestopp für besonders schutzbedürftige Minderheiten in Niedersachsen.....	7
AP Arbeitsprogramm 2015-2017	8
A1 Maßnahmen zur Eindämmung der geringfügigen Beschäftigung.....	21
A2 Maßnahmen zur Bagatel- und Verdachtskündigung	21
A3 ArbeitnehmerInnenrechte für alle Beschäftigten in kirchlichen Einrichtungen.....	21
B1 Kostenloses Mittagessen in Ganztagschulen	22
B2 Gemeinsam verantwortlich handeln – Initiative für einen flächendeckenden religionsübergreifenden Ethikunterricht an Grundschulen	22
B3 Entlastung von jungen Menschen in der Ausbildung.....	22
B4 Das moderne BaföG - Anerkennung von Ehrenamt.....	23
B5 Änderung des BAföGs.....	23
B6 Bereitstellung eines zinsfreien Darlehens für Studierende ohne BaföG-Anspruch.....	24
B7 Bezahlung von Lehrkräften in Niedersachsen	24
B8 Master Lehramt.....	24
B9 Antrag zur landesweiten Aufhebung von „Handyverboten“ an weiterführenden Schulen	24
B10 Niedersächsische Studienseminare weiterentwickeln	25
B11 Allgemeines Vertrags- und Versicherungswesen als Unterrichtsfach	27
B12 Inklusion an den niedersächsischen Schulen umfassend ermöglichen.....	27
B13 Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in Deutschland stärken	28
FG1 Gesetzliche Frauenquote in Medizin und Wissenschaft	29
FG2 Einheitliche und sichere Finanzierung von Krankenhäusern.....	29
FG3 Für ein Recht auf reproduktive Selbstbestimmung: Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen	29

F1 Länderfinanzausgleich sozial gestalten – Solidarpakt initialisieren	31
F2 Wettbürosteuer	34
F3 Steuerhinterziehung härter und wirksamer bestrafen!	36
F4 Keine Steuern auf den Cayman Islands sparen – VW Flugzeugflotte in Deutschland registrieren!	37
F5 Umwandlung des Solidaritätszuschlags in eine Kommunalförderung	37
F6 Einschränkung der Spekulation auf Grundnahrungsmittel	38
F7 Was habt ihr eigentlich gegen Chlorhühner? Für eine differenzierte und sachliche Kritik am geplanten Freihandelsabkommen TTIP	38
F8 Wirtschaft strukturell steuern.....	41
I1 Atomwaffen – Nein danke.....	46
I2 Internationale Ächtung der Todesstrafe!	46
I3 Dem Rechtsruck in der Europäischen Union entschieden entgegenwirken!	46
I4 Pro Asyl gegen Eurosur	51
I5 Resolution: Echte Hilfe für die Flüchtlinge des „IS“ Terrors - humanitäre Katastrophe verhindern!	55
I6 Überprüfung PKK-Verbot!	55
I7 Verstaatlichung der deutschen Kriegswaffenindustrie	55
I8 Neue diplomatische Ausrichtung der EU und der NATO	55
I9 Informations- und Vetorecht für den Bundestag vor Waffenexporten	56
I10 Wirtschaftsgewinn vor Menschenrecht? Nicht mit uns.....	56
I11 Verantwortung wahrnehmen – Schutz bieten	56
I12 Als hätten wir eine Wahl gehabt – Europäisches Wahlsystem weiterentwickeln	57
IR1 Resolution zu PEGIDA	59
IR2 Streaming als gesetzlich zulässig erklären	60
IR3 Dann lieber nackt! - Verbot von Kleidung der Marke "Thor Steinar" in Stadien!	60
IR4 Wiederaufnahme der systematischen Blindgängersuche und Beteiligung des Bundes!...	61
IR5 Gegen Radikalnationalismus in der SPD – Unvereinbarkeit mit den Grauen Wolfen	61

IR6 Resettlement-Programm des UNHCR ausweiten	61
IR7 Generalunternehmen sind auch für Missstände bei Subunternehmen verantwortlich!.....	62
IR8 Gibt es das auch auf Deutsch? – Programme kürzer und verständlicher gestalten.....	62
IR9 Abschaffung der Berittenen Polizei	62
IR10 Einwanderungspolitik reformieren.....	62
IR11 Gegen ein „Familienwahlrecht“	63
IR12 Racial Profiling stoppen	64
IR14 Schutz der sexuellen Identität	64
IR15 Antrag zur Sicherungsverwahrung.....	64
IR16 Vorratsdatenspeicherung weiterhin ablehnen - kein Zurückfallen in alte Reflexe!.....	65
IR17 Antrag zur Ablehnung verstärkter Videoüberwachung	65
IR18 IR20 IR21 (Fusion) Grundsätze der Asylpolitik in Niedersachsen.....	65
IR19 Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaften.....	71
IR22 Resolution: Kein Frieden mit den Friedenswinter - gegen Antisemitismus, Querfront und völkisches Gedankengut.....	71
IR23 Keine Nachtabschiebung in Niedersachsen, wirklich keine!	73
IR24 Alternative für Deutschland entlarven – Zum kritischen Umgang mit der AfD.....	75
IR25 Inkonsequenzen beim Hundeführerschein beseitigen	79
O1 Internationalismus leben – deutschnationale Symbole überwinden.....	81
Soz1 Vertretbare Arbeitsbedingungen im Gesundheitssystem und Pflegebereich	82
Soz2 Jugendhilfesystem an die Herausforderungen der heutigen Zeit anpassen.....	83
Soz3 Rassismus in der Medizin bekämpfen.....	83
Soz4 Jeder Mensch ist gleich viel wert — egal woher er_sie kommt!	83
Soz5 Eingliederung eines anonymen Bewerbungsverfahrens im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG).....	84
Soz6 Unser Umgang mit Antisemitismus	85
Soz7 Obdachlosigkeit Erfassen.....	88
Soz8 Fortschrittliche Familienpolitik. Elterngerecht - kindergerecht – geschlechtergerecht ..	89

Soz9 Faire Finanzierung von Kinderwunschbehandlungen.....	91
Soz10 „Du hast sie doch nicht mehr alle!“ - Gesellschaftlicher Stigmatisierung entgegenwirken und Versorgung psychisch erkrankter Menschen verbessern!	91
Soz11 Abschaffung familienpolitischer Transferleistungen	93
Soz12 Öffnung der Ehe für homosexuelle Menschen.....	93
S1 Rundfunkgebühr.....	94
S2 Haftpflichtversicherung als Pflichtversicherung.....	94
S3 Abschaffung Sommerzeit.....	94
S4 Kinder- und Jugendbeteiligung überregional stärken	95
S5 Mehr Transparenz innerhalb des Informationskapitalismus	99
S6 Befreiung von Menschen mit Behinderung vom ARD/ZDF Beitragsservice	99
U1 Landwirtschaftspolitik überdenken	100
U2 Schutz der Bienen.....	101
U3 Fischbestände	102
U4 Uns und der Welt geht der Phosphor aus	102
U5 Förderung erneuerbarer Energien.....	102
U6 Wildtiere raus aus dem Zirkus.....	103
U7 Biosprit	103
U8 Ablehnung von Fracking	103
U9 Einführung eines Umweltgesetzbuchs (UGB) – der Grundstein für ein praktikables und ganzheitliches Umweltrecht	105
U10 Abschaffung der Kastenstände und Kettenhaltung in der Tierzucht.....	105
U11 Energiewende unter ökologischen und sozialen Gesichtspunkten weiterentwickeln	105
U12 Bezahlbarer Strom ist wichtig	107
V1 Stadt, Land, Fluss - Niedersachsen im verkehrspolitischen Spannungsfeld	108

U1 Landwirtschaftspolitik überdenken

Landwirtschaftspolitik überdenken

In Niedersachsen ist der landwirtschaftliche Sektor nicht nur ein großer Arbeitgeber, sondern auch ein sehr wichtiger Sektor unserer Wirtschaft. Diesen zu gestalten, gibt uns die Chance ökologischer, nachhaltiger, gerechter und sozialer mit unserer Welt um zu gehen. Deshalb 5 müssen die Jusos Niedersachsen sich eine klare Ausrichtung in diesem Themenbereich geben. Der neue Juso Landesvorstand wird daher beauftragt unter Berücksichtigung von Ergebnissen aus Seminarinhalten diese weiter auszuarbeiten und in präzisierter Fassung in die Landes SPD und damit auch in die aktuelle Landes- und Regierungspolitik zu bringen. Dabei sollen vor allem die Mittel und Instrumente zur Zielerreichung, die adressierten und möglichen umsetzenden Ebenen erarbeitet werden, sowie eine tiefgehende Auseinandersetzung mit kritischen Größen bei Monokultisierung und landwirtschaftlichen Betrieben. Über die Resultate wird der nächsten LaKo Bericht erstattet.

Tierhaltung

Niedersachsen ist das Land der Legehennen, Putenhöfen und Schweinemastbetrieben, daher ist es wichtig sich mit den Tierhaltungspraktiken zu beschäftigen. Diese Tiere sind empfindsame und soziale Lebewesen, dies muss vom Menschen anerkannt werden und in den Diskussionen um Tierhaltung berücksichtigt werden. Wie sehr die industrielle Tierhaltung diese Leben beeinflusst, kann über die Massentierhaltung in den Ställen und Käfigen hinaus beobachtet werden. Es wird Leben unterteilt in verwertbares und nicht-verwertbares Leben. Dazu zählt neben der Zucht von möglichst profitablen Tieren auch die Aussortierung von Tieren. Dabei kommt es zu Qualzuchten, wie zum Beispiel bei Milchkühen, deren Euter schmerzhaftes Volumen erreichen sollen, sowie zur massenhaften Abstufung von Tieren zu Müll, wie bei männlichen Kühen in der Legehennenzucht. Diese Zuchtmethoden müssen beendet werden.

Pflanzenbau und Naturschutz

Agrarpolitik ist immerzu auch Umweltpolitik. Durch das Entstehen von Monokulturen für die Gewinnung von Energiepflanzen oder Futtererzeugung für die Massentierhaltung, entstehen große Schäden an Natur und Umwelt. Durch die Monokulturen werden dem Boden einzelne Nährstoffe im großen Maße entzogen und die eingeschränkte Pflanzenvielfalt wirkt sich negativ auf die Biodiversität aus. Dadurch steigt der Düngerbedarf auf den Feldern, das Bienensterben wird vorangetrieben und für Wildtiere entsteht ein Nahrungsangebot, welches deren Population in die Höhe treibt. Durch die Überbewirtschaftung von Ackerflächen kommt es zu Bodenerosion und somit zum Verlust von nutzbarem Land. Der steigende Düngerbedarf und das übermäßige Ausbringen von Gülle aus der Tierhaltung verunreinigen zunehmend das Grundwasser. Somit entstehen auf weite Sicht nicht nur Schäden für die LandwirtInnen selbst, sondern auch insbesondere für die Allgemeinheit. In Bezug auf das Trinkwasser müssen die kommunalen Wasserwerke zunehmend hohe Investitionen tätigen um das Grundwasser filtern zu können. Von daher ist es nötig eine neue Ausrichtung in der Bewirtschaftung von Ackerland voranzutreiben. Die Unterstützung von Biolandbau reicht dabei nicht aus, da dieser auf Düngemittel wie der Gülle zurückgreift. Es ist daher auch nötig eine Förderung von bioveganer Landwirtschaft einzurichten, da dabei insbesondere auf die Durchmischung von Pflanzen gesetzt wird um den Nährstoffhaushalt des Bodens ohne künstlichen und tierischen Dünger zu optimieren. Es bedarf neben der Förderung von Alternativen allerdings auch einer Regulierung von bisherigen Methoden um effektiv eine Agrarwende zu vollziehen.

Förderpraxis

Die aktuellen Milliardensubventionen in der Agrarpolitik und den angegliederten Verarbeitungsbranchen tragen maßgeblich zu den Problemen der Landwirtschaft bei. Durch die staatliche Förderung wird der politisch gewollte Export von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vorangetrieben. Durch die Exporte werden Märkte in Entwicklungs- und Schwellenländern mit billigen Produkten aus Deutschland und ganz Europa überschwemmt. Dies hat zur Folge, dass die lokal produzierten Güter nicht konkurrenzfähig sind. Aus dem Verfall von Preisen auf den lokalen Märkten resultiert schließlich ein Rückgang der eigenen Produktion und es entsteht somit eine einhergehende Abhängigkeit von Importen. Neben der Exportförderung sorgen die Subventionen auch für künstlich niedrig gehaltene Lebensmittelpreise auf dem deutschen Markt. Zur Sicherung vom Lebensunterhalt der KonsumentInnen ist diese Regulierung allerdings häufig nicht nötig. Statt einer ausgewogenen Ernährung wird dadurch eine konsumorientierte Ernährung gefördert, die im Speziellen in einen Überkonsum von tierischen Produkten resultiert. Für die landwirtschaftlichen Betriebe ist die Subventionierung eng mit der Preisregulierung verbunden und versetzt diese in ein Abhängigkeitsverhältnis. Ohne die massive Subventionierung könnten die LandwirtInnen höhere Preise für ihre angebotenen Produkte erzielen und unabhängiger werden. Die flächenbezogene Mittelzuweisung fördern die wirtschaftlich gut dastehenden Großbetriebe und Agrarkonzerne und unterstützen damit den Konkurrenzdruck für kleine bäuerliche Betrieben. Eine solche Subventionierung sicher nicht die Versorgung der Bevölkerung, sondern die Kapitalakkumulation der UnternehmerInnen.

Die Förderpraxis muss daher überarbeitet werden und statt auf Export und Billigproduktion zu zielen, müsste sie verstärkt auf ökologische und nachhaltige Kriterien ausgerichtet sein. Zuwendungen an Großbetriebe müssen darüber hinaus begrenzt werden und durch eine Förderung von Klein- und Kleinstbetrieben die bäuerliche Landwirtschaft vorangetrieben werden.

Angenommen

U2 Schutz der Bienen

Die Landeskonferenz fordert die Bundestagsfraktion und den niedersächsische Landtagsfraktion auf:

- Sofortige Reduzierung, per Verordnung, des Einsatzes von Insektiziden, Herbiziden und Pestiziden

Wir erachten es für Sinnvoll eine Sperrstunde für Bienen von 22:00 Uhr bis 6:00 Uhr einzurichten. Es sollte ein Nachtflugverbot von Bienen gleichkommen um die Problematik zu umgehen, dass die Bienen Pestiziden ausgesetzt werden könnten. Weiterhin erachten wir es als sinnvoll eine Bienenmaut einzuführen, da die Kosten der Instandhaltung der Infrastruktur gedeckt werden müssen. Um eine Bemessungsgrundlage zu bekommen sollten die BienenkönigInnen dazu angehalten werden Statistische Einwohnermeldedaten abzuführen.

Angenommen und zur Kenntnisnahme an die SPD-Landtagsfraktion und SPD-Bundestagsfraktion weitergeleitet